

Bitte sagen sie jetzt nichts!

Keine Aussagen

bei Polizei und Staatsanwalt!

Keine Zusammenarbeit

mit den staatlichen Repressionsorganen!

NR. 33 DEZEMBER/JANUAR 2005/2006

Über alle Kanäle in sämtliche Köpfe!?

Was haben Günther Jauch, Kool Savas, Beate Uhse und Albert Einstein gemeinsam? Richtig, sie sind Deutschland! Während sich ein kritischer Kopf wie es Albert Einstein zu Lebzeiten stets war, wahrscheinlich im Grabe umdrehen würde bei dem Gedanken für eine derartige Kampagne her zuhalten, drücken einige Promis, und welche die es gerne wären, ihre Visagen gerne in die Kamera. Sie erklären uns, gespickt mit den Kommentaren vom Chirurgen und Proleten von nebenan, dass wir Deutschland sind und endlich anpacken müssen, damit es voran geht. Alle gehören dazu, ob pseudo Gangster Rapper oder TV-Moderator, ob Ossi oder Wessi, ob Chirurg oder Bauarbeiter, ob Unternehmenschef oder 1-Euro-Jobber. Und damit das ganze nicht den Ruf von allzu plumpen Nationalismus bekommt, mit dem es ja in der Vergangenheit nicht so gute Erfahrung gab, darfst du sogar Deutschland sein wenn du eine dunkle Hautfarbe hast, zumindest wenn dein Pass in der Tasche das bestätigt. Zum Deutschland sein gehört es vielmehr dazu, sich „gegen Nazis“ auszusprechen (aber auch bitte nur das), denn für das Image unseres schönen Landes sind die schließlich überhaupt nicht förderlich.

Das ist schon eine ganz besondere Kampagne die verschiedene Medienkonzerne wie Axel Springer, Bertelsmann usw. mit anderen Unternehmen zusammen geschaffen haben, damit das blöde Volk endlich spurt. Und viele haben sich die Rufe zu Herzen genommen und zeigen sich sogleich hundertfach mit Fotos und ein paar Schlagworten auf der dazugehörigen Homepage unter der Rubrik „Ich bin Deutschland“. Neben ein paar vielleicht gut gemeinten Kommentaren für Menschlichkeit und Toleranz usw. finden sich Unmengen von „Ich bin stolz auf mein Land“ Einträgen und Forderung nach der Rückbesinnung auf deutsche Tugend wie Fleiß, Ordnung und Disziplin und der gleichen, damit endlich wieder alle anpacken und es vorwärts geht. Anpacken wofür eigentlich und vorwärts wohin? Anpacken damit die Unternehmen selbst ihre Rekordgewinne noch weiter steigern können, während Arbeitsbedin-



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

gungen und Löhne immer beschissener ausfallen? Vorwärts hin zu Zwangsarbeit, Billiglöhnen und 50-Stunden Wochen? Weil das auf den ersten Blick nicht für alle einleuchtend ist, muss eben mit medienwirksamen Inszenierungen nachgeholfen und die Bevölkerung hinter dem Land in Stellung gebracht werden. Zugegeben, es ist wirklich eine sehr moderne Spielart von Nationalismus, die uns da im weltoffenen Gewand präsentiert wird, an der grundlegend Funktion ändert sich allerdings gar nichts. Die Leute sollen an die Nation gebunden werden und ein allgemeines Interesse am Gemeinwohl wird unterstellt. Das es hier, wie überall anders in der Welt, nur darum geht den Reichtum in den Händen der privaten Eigentümer von Produktionsmitteln zu vermehren, wozu die Masse der Leute darauf angewiesen ihre Arbeitskraft gegen Lohn an eben diese zu verkaufen, soll unsichtbar werden. Sonst könnte am Ende noch wer auf die Idee kommen, dass er oder sie mit den lohnabhängigen Massen in anderen Ländern vielleicht mehr gemein hat, als mit denen die sie hier ausbeuten, also die Klassenunterschiede und nicht die Nation bedeutend sind. In einem Werbetext der Kampagne heißt es: “*Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm deine Hilfe an. Bring die beste Leistung zu der du fähig bist. Und wenn du damit fertig bist, übertriff dich selbst.“* Mit anderen Worten, werde zur bloßen Manövriermasse von Staat und Kapital und pass dich seinem Reformbedarf an, damit Deutschland auch in Zukunft in der internationalen Standortkonkurrenz ganz vorne mitspielt. Darum und um nichts anderes geht es, wenn uns rund um die Uhr, im Fernsehen, Radio und auf Plakatwänden das ganze „Du-bist-Deutschland“-Gelaber in die Köpfe eingehämmert wird. Bleibt abschließend eigentlich nur noch eins zu sagen: Deutschland du kannst mich mal!



Kein Witz! Nazi-Kundgebung um 1935

Repression 2005

Eine bundesweite Repressionswelle gegen linke Strukturen ist dieses Jahr über die BRD hinweg gerollt. Sie erstreckt sich gegen Hausprojekte, die Anti-AKW-Bewegung, gegen globalisierungskritische und antikapitalistische Gruppen, soziale Protestbewegungen und die Antifa-Bewegung fast gleichermaßen. Im folgenden Text sind einige Beispiele der politischen Verfolgung im Jahr 2005 aufgeführt.

Magdeburg: Verurteilung nach §129a

(„Bildung einer terroristischen Vereinigung“)

Am 22.11.05 endete im Justizzentrum in Halle der letzte Prozesstag im Revisionsverfahren gegen Daniel mit der Verurteilung nach §129a. Nachdem es im Hauptverfahren im Jahre 2003



nicht gelang, die drei Magdeburger Daniel, Marco und Carsten wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und angeblichen Brandanschlägen u.a. gegen das Magdeburger LKA-Gebäude zu verurteilen (wir berichteten), versuchte die Bundesanwaltschaft knapp drei Jahre lang, doch noch eine Verurteilung nach §129a durchzusetzen. Hausdurchsuchungen, die Totalüberwachung der Magdeburger linken Szene und Beugehaft für Daniels Mitangeklagte waren die Begleiterscheinungen. Nachdem Carsten aus „Mangel an Beweisen“ frei gesprochen und Marco zu 2 ½ Jahren ohne Bewährung verurteilt wurde, blieb nur noch Daniel als einziges potentielles Mitglied der vermeintlichen „Terrorvereinigung“ (eine Vereinigung ist man übrigens erst ab drei Personen) übrig und wurde auch prompt als solches verurteilt.

Potsdam: „Versuchter Mord“

In der Nacht zum 19. Juni 2005 zog sich der in Potsdam stadtbekannte Nazi Benjamin Ö. bei einer Auseinandersetzung mit linken Jugendlichen in der Potsdamer Innenstadt mehrere Schürfwunden und Prellungen zu, die ambulant behandelt wurden. Daraus konstruierte die Staatsanwaltschaft unter Federführung des einschlägig bekannten Hardliners Peter Petersen „versuchten Mord“ und veranlasste Haftbefehle gegen fünf AntifaschistInnen.

Fest steht, dass die erhobenen Vorwürfe nicht zu dem passen, was in

Potsdam seit Jahren Alltag ist: Faschisten jagen Flüchtlinge, MigrantInnen, Punks und alle, die sie für links und schlagbar halten. Auch das angebliche Opfer war bereits am darauf folgenden Tag erneut an einem faschistischen Überfall beteiligt.

Vier der AntifaschistInnen wurden nach Bezahlung einer horrenden Kaution und unter strengen Auflagen wieder auf freiem Fuß gesetzt. Julia, die fünfte Beschuldigte, saß ein knappes halbes Jahr in Untersuchungshaft - nun ist sie endlich freigekommen, der Mordvorwurf bleibt jedoch bestehen.

Berlin: Polizei stürmt Jugendantifa-Party

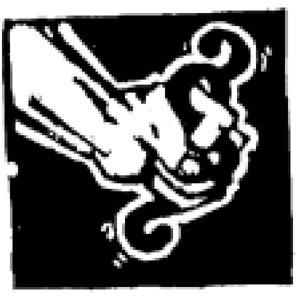
Am Samstag, dem 27. August wurde eine Jugendantifa-Party in Berlin-Mitte von der Polizei gestürmt und aufgelöst. Neben den Räumlichkeiten der Party wurden zwei Privatwohnungen, zwei Büroetagen sowie ein Infoladen durchsucht. Anlass für den Einsatz von rund dreihundert Polizisten war eine angebliche Aufforderung zu Straftaten durch den Spruch „ein Cocktail für jedes NPD-Plakat“, der auf einer Internetseite im Zusammenhang mit der Party genannt worden war. Als Reaktion auf die Polizeiaktionen hat es eine spontane Solidemo gegeben, bei der es zu mehreren Festnahmen kam.

München: Angriff auf die Pressefreiheit

Dr. Nikolaus Brauns arbeitet als freiberuflicher Journalist u.a. für die Tageszeitungen „junge Welt“. Er hat in der Vergangenheit wiederholt kritisch über die Arbeit der Münchner Polizei sowie über faschistische Umtriebe in Bayern berichtet. Am 02.06. 2005 befand sich Brauns in der Gaststätte „Waldfrieden“ in München-Laim, um über das dort zur gleichen Zeit stattfindende Treffen der NPD zu berichten. Plötzlich betrat auch eine Gruppe AntifaschistInnen die Gaststätte und brachte ihren Protest gegen die Versammlung der NPD zum Ausdruck. Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung mit den Nazis und nach erfolgreichem Protest verließen die AntifaschisInnen den „Waldfrieden“ wieder. Nikolaus Brauns blieb weiterhin dort und



die eintreffende Polizeistreife nahm seine Personalien als Zeuge auf. In derselben Nacht wurde er vor seiner Wohnung festgenommen. Tatvorwurf: Er sei der Organisator des antifaschistischen Protests. Ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss wurde seine Wohnung durchsucht und sämtliche Arbeitsmittel (PC, Notizbücher, etc.) beschlagnahmt. Diese Arbeitsmittel wurden bislang nicht zurückgegeben und so drängt sich der Eindruck auf, dass ein kritischer Journalist zumindest zeitweise mundtot gemacht werden soll. Durch seine engagierte Arbeit ist Nikolaus auch in das Visier der Nazis geraten. Schon seit längerer Zeit veröffentlicht Roland Wuttke (der bayrischer NPD-Bezirksvorsitzende) Steckbriefe bekannter Münchner AntifaschistInnen, darunter auch von Nikolaus Brauns. In ihren Internetforen diskutieren Faschisten offen darüber, sich mit Pfefferspray und Schlagstökken zu bewaffnen und Brauns zu überfallen.



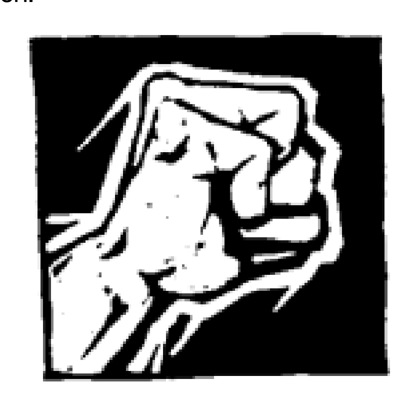
Bochum: Hausdurchsuchungen bei LabourNet

Am 5. Juli wurden bei drei Redaktionsmitgliedern des linksgewerkschaftlichen Internetportals „LabourNet Germany“ Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei wurden sämtliche Computer und Unterlagen beschlagnahmt. Fadenscheiniger Anlass der Durchsuchungen war ein Flugblatt, welches einem Schreiben der „Bundesagentur für Arbeit Bochum“ sehr ähnlich gesehen haben soll - was die Ermittlungsbehörden gleich als Urkundenfälschung auslegten.

Warum das alles?

Weshalb wendet der Staat in jüngster Zeit derart drastische Mittel an? Woher kommt der gesteigerte Verfolgungswille?

Nicht nur unserer Einschätzung nach sind die verschärften Verfolgungsmaßnahmen Teil der staatlichen Weichenstellung für die kommende Zeit. Angesichts der sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse übt der Staat schon mal an der Linken den Umgang mit jeder Form von Unzufriedenheit, egal, ob sie sich in Form kritischer Artikel in Medien äußert, als Versuch, das Leben selbst besser zu organisieren oder gar militant gegen die miesen Verhältnisse zu kämpfen.



Pressefreiheit wird ausgelöscht, Journalisten werden verhaftet, Protest und das Aussprechen der eigenen Meinung wird verboten, die Überwachung nähert sich rapide der totalen Kontrolle an, kritische, fortschrittliche Gruppen werden zu Terroristen erklärt, militanter Widerstand als terroristisch diffamiert und entpolitisiert. Wir werden noch viele dieser Übungen auf den unterschiedlichsten Ebenen sehen. Die WM 2006, den nächsten Nazi-Aufmarsch, den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm,... So soll verhindert werden, dass sich der wachsende Unmut über HartzIV, Arbeitslosigkeit, usw. organisieren kann, dass die Leute anfangen, für ein besseres Leben zu kämpfen, was sich in einer (gewalttätigen) Auseinandersetzung gegen den Staat entladen könnte. Durch die Kriminalisierung von Gruppen, die eine Alternative zum Kapitalismus aufzeigen, sorgt der Staat dafür, dass auch ihre Ideen isoliert am Rand bleiben und diejenigen nicht erreichen, die dieses System über den Haufen schmeißen können.

Als Folge des Nazisaufmarsches am 18. Juni in Braunschweig beginnen nun die ersten Prozesse und weitere werden wohl folgen. Und deshalb noch einmal: Gefährdet euch und andere nicht. Macht keine Aussagen bei der Polizei und erzählt auch nicht irgendwelche Geschichten in der Weltgeschichte rum. Anna und Arthur halten's Maul!

Für alle die von der Polizei eine Vorladung erhalten: Wer wegen des 18. Juni (oder überhaupt) eine Vorladung zur Polizei bekommt, sollte auf keinen Fall dort hingehen! Auch wenn es in der Vorladung bewusst missverständlich formuliert wird, ihr seid nicht verpflichtet, der Vorladung Folge zu leisten und müsst keinerlei Angaben machen! Auch wenn ihr eine Vorladung von der Staatsanwaltschaft bekommt, solltet ihr dort nicht unvorbereitet hingehen. Meldet Euch sofort bei der Ortsgruppe der Roten Hilfe. Dort erhaltet ihr Rat und Unterstützung, falls es zu einem Prozess o.ä. kommt.

**Die Ortsgruppe der Roten Hilfe trifft sich jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Antifa-Café, Cyriaksring 55 in 38118 Braunschweig.
Telefon: 0531-83828 (am besten Freitags ab 19 Uhr - ansonsten Anrufbeantworter)
Email: braunschweig@rote-hilfe.de**

Kein Nazi-Aufmarsch ohne Widerstand

In Oldenburg setzt die Polizei ganz auf das Einsatzkonzept aus Braunschweig und knüppelte den Nazis den Weg frei. Im Vorfeld hatte sich auch hier ein breites Bündnis gebildet, um gegen den NPD-Umzug aktiv zu werden. Am Tag selbst gab es dann eine zentrale Kundgebung direkt am Hauptbahnhof, von wo aus auch die nur ca. 80 Nazis marschieren wollten. Die Polizei trennte die Kundgebung feinsäuberlich mit Absperrgittern vom restlichen Bahnhofsbereich ab und leitete die Nazis direkt vom Bahnsteig über eine eigens für den Tag gebaute Holzbrücke über die Gleise auf ihre vorgesehene Aufmarschroute. Damit begann der für Nazidemos übliche Verlauf. Zahlreiche AntifaschistInnen, es dürften den Tag über wohl mehrere Tausend Leute unterwegs gewesen sein, versuchten immer wieder an die Route der NPD heran zu kommen, um diese zu blokkieren oder zu stören. Die Polizei hatte allerdings ein nahezu lückenloses Netz aus Gittern, Polizeifahrzeugen und Hundertschaften aufgebaut, um die Nazis sicher durch die Stadt zu geleiten. Es schafften zwar immer wieder Leute in Sichtweite an die Strekke, weiter aber meistens nicht. An einem Punkt gelang es einer Gruppe ein dünne Polizeikette zu überrennen und den Aufmarsch zu blockieren, was die Polizei allerdings schnell beendete. An anderen Stellen schafften es gute WerferInnen Obst und Gemüse in Richtung der Nazis und Polizei zu schleudern. Es war mal wieder so wie es meistens ist: Die Nazis währen wohl nicht sonderlich weit gekommen, wenn nicht die Polizei unter Einsatz von Knüppel und Pfefferspray immer wieder Leute von der Naziroute zurückgetrieben und in Gewahrsam genommen hätte.



Ganz anders kam es am 29. Oktober in Göttingen. Auch hier wollte die NPD vom Hauptbahnhof aus einmal um die Innenstadt laufen. Noch bevor die Nazis sich am Bahnhof sammelten gab es eine kraftvolle antifaschistische Bündnis-Demonstration mit ca. 5000 TeilnehmerInnen, bei der der Antifa-Block mit Hilfe einer „Luftballonwalze" versuchte durch die Polizeiketten auf die Naziroute durchzubrechen, was leider aufgrund der Absperrgitter scheiterte. Ungefähr zeitgleich sammelten sich am Bahnhof und im Univiertel, wo die Nazis durch mussten, weitere AntifaschistInnen. Ab 12 Uhr trafen dann die ersten Nazis am Bahnhof ein und brachten sich langsam für ihren Marsch durch die „linke Hochburg" Göttingen in Stellung. Weit sollten sie allerdings nicht kommen. Denn auf ihrer Strecke befanden sich bereits erste GegendemonstrantInnen und blockierten ihnen den Weg. Oberhalb der Blockaden, in Höhe des Univiertels, nutzten einige Leute die Abwesenheit der Polizei und errichteten Barrikaden aus Mülltonnen, Holzpaletten usw. die innerhalb kürzester Zeit in Flammen standen. In der folgenden Stunde wurden es immer mehr und die gesamte Route der Nazis war mit meist brennenden Barrikaden übersäht (laut Polizeiangaben sollen es über 30 gewesen sein). Auf Höhe der Weenderlandstraße wurde der NPD-Zug vom Uni-Campus aus immer wieder mit Flaschen und Steinen angegriffen und weiter sind die Nazis auch nicht gekommen. Der Aufmarsch wurde aufgrund des massiven Widerstandes in der Stadt abgebrochen. Auf direktem Weg und mit hängenden Gesichtern trotten die Nazis zurück zum Bahnhof. Ein Erfolg für den antifaschistischen Widerstand auf ganzer Linie. Göttingen hat gezeigt, selbst wenn es im polizeilichen Konzept für den Tag vielleicht als Option vorgesehen war, dass es gerade militante Aktionen im Zusammenspiel mit einem breiten Protest sind, die einen Nazi-Aufmarsch undurchführbar machen.



Es brennt!

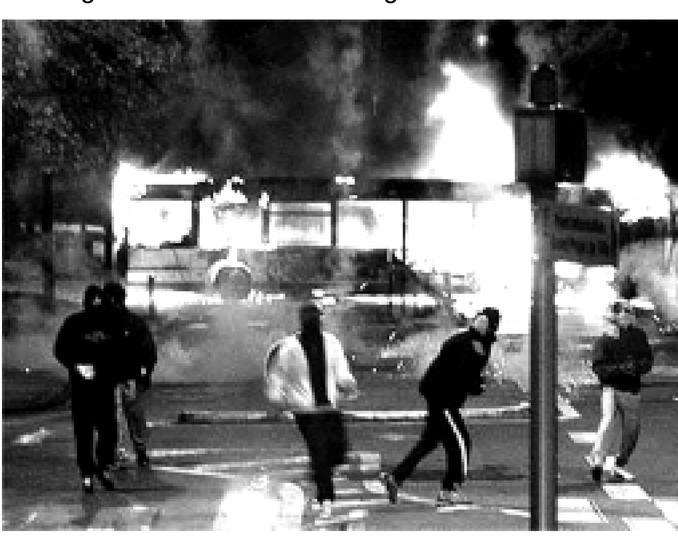
Die Bilder von brennenden Autos und Mülltonnen aus Frankreichs Vorstädten kennt wahrscheinlich jeder aus dem Fernsehen. Was in den Medien für soviel Interesse sorgte ist dort jedoch normal. In regelmäßigen Abständen kommt es zu Krawallen. Anlass ist meist, wie auch dieses Mal, der Tod von Jugendlichen in Folge von Polizeieinsätzen. Der Unterschied ist nur, dass die Krawalle sonst in einzelnen Stadtteilen stattfanden und nach ein paar Tagen abflauten oder von der Polizei beendet wurden. Nur diesmal war es eben nicht nach kurzer Zeit vorbei. Die jahrelang aufgestaute Wut hat sich entladen.

Viele Gründe und kein Ziel...
Es heißt, die Jugendlichen, die in Frankreich auf die Straße gehen, hätten „keine Perspektive". Eine sehr vornehme Umschreibung ihres Status in dieser Gesellschaft: Für die allermeisten von ihnen gibt es nämlich keine nützliche Verwendung. Wie sie sich überhaupt nur nützlich machen können, ist in dieser Gesellschaft klar definiert: durch Arbeit gegen Lohn. Aber auch in Frankreich haben die Unternehmen kein Interesse daran, die Jugendlichen einzustellen. Für die randalierenden Jugendlichen gilt insofern dasselbe wie für alle, die nicht das Glück hatten, reich geboren zu werden.



Und so ist auch hier die „Karriere" vom Erwerbslosen zum Langzeitarbeitslosen normal geworden - und man hat sich daran gewöhnt, dass eben diese Langzeitarbeitslosen früher oder später im ökonomischen Sinne endgültig ‚nutzlos' sind. Ironisch gesprochen, bleibt sehr vielen Jugendlichen in den Banlieues der großen Städte - ebenso wie ihren Eltern - der übliche Werdegang eines Lohnarbeiters gleich „erspart": Mit Arbeit bzw. mit dem Zwang, sich damit einen Lebensunterhalt zu

verdienen, anschließend mit dem Verlust der Erwerbsarbeit und dem sich daran anschließenden Zwang, sich doch irgendwie wieder eine zu ergattern, kommen sie gar nicht erst in Berührung. Sie starten ihr Leben gleich als Bestandteil der „Überbevölkerung", also der Leute, die das Kapital ein für allemal aus seinem Kreislauf ausgeschieden hat, und ihre individuelle „Perspektive" ist, dass sie arbeitslos und arm bleiben und damit immer der überflüssige Teil der Gesellschaft sind.



So haben diese Jugendlichen zwar jede Menge Gründe für ihre Proteste - jedoch steht dahinter kein Ziel und keine Forderung. Und genau das führt dazu, dass selbst nichts erreichen, sondern vielmehr der Gegenseite Argumente liefern. So nutzt zum Beispiel der französische Innenminister Sarkozy, der die Jugendlichen als „Abschaum" und „Gesindel" bezeichnet hat, die Krawalle als Grund für verschärfte Überwachung, Notstandsgesetze und kündigte Massenabschiebungen an. Diese Maßnahmen führten nicht etwa, wie man es vielleicht erwarten würde, zu Protesten gegen den Innenminister, sondern zu einem sprunghaften Anstieg seiner Popularität.

Auch die faschistische „Front National" kann nach eigenen Angaben seit Beginn der Unruhen über 2000 bis 3000 neue Mitglieder verzeichnen und ihr Vorsitzender Le Pen beschwert sich einzig darüber, dass Sarkozy ihn mit seiner rassistischen Stimmungsmache kopiere.

Sein Rivale, Regierungschef Dominique de Villepin, nutzte die Gunst der Stunde und tritt jetzt als Landesvater auf, der die Krise vernünftig regeln wird. Nebst den Notstandsgesetzen zeigt er sich auch spendabel: Es werden großzügige Förderungsprogramme für die Banlieues aufgelegt. Konkretisiert wurde dies jedoch nicht, denn es ist auch nicht anzunehmen, dass die Unternehmen plötzlich Interesse an diesem Teil der französischen „Überbevölkerung" entwickeln.

Bestimmt würden sich soziale Einrichtungen und Organisationen, die schon seit Jahren in den Banlieues

arbeiten über finanzielle Unterstützung freuen, aber auch diese erfüllen trotz guter Arbeit nur eine Feigenblattfunktion und können die Umstände nicht ändern.

Fortschrittliche politische Gruppen, wie z.B. MRAP (Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft) sind in den Banlieues derart marginal vertreten, dass sie die Proteste nicht in eine politische Richtung lenken konnten.



Und so zieht jede politische Richtung ihre eigenen Schlussfolgerungen und die Randale bleibt nichts weiter als ein kurzfristiges Luftablassen. Wenn man hieraus etwas lernen kann, dann, dass sich Randale ohne Forderungen immer nur Randale bleibt und sich gegen die Akteure selbst wendet. Gewalt kann ein Mittel sein, aber ohne politische Organisierung läuft sie ins Leere.

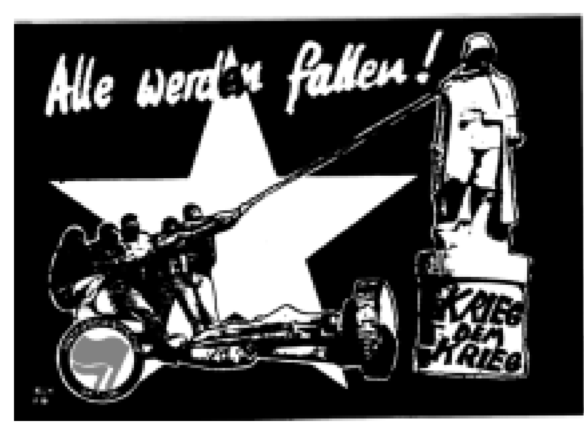
Alle werden fallen!

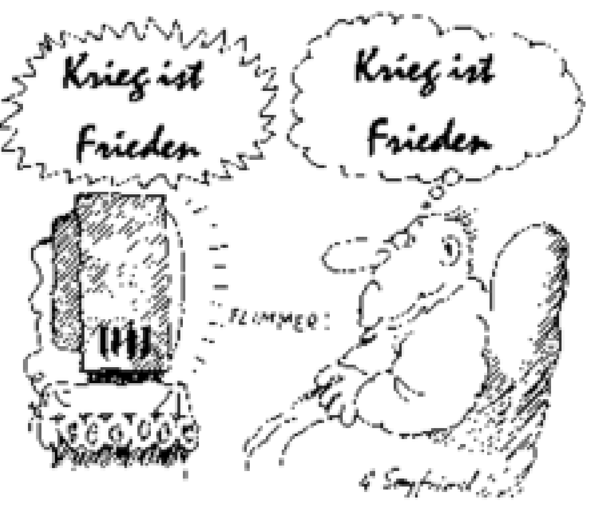
Bundeswehr Gelöbnis in Bordenau

Am 12.11. fanden in Bordenau, nördlich von Hannover die zentralen Abschlussfeierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der Bundeswehr, in Form eines großen öffentlichen Gelöbnis von hunderten Soldaten statt. So wurde der 4000 Einwohner Ort Bordenau zum Ort eines militaristischen Stell-dich-ein par excellence. Neben den rund 750 zu vereidigenden Soldaten fanden sich auf dem örtlichen Sportplatz hunderte mit Bundeswehr Bussen angekarrte Jubeldeutsche und eine Schar Prominenter aus Politik und Wirtschaft mit dem scheidenden Ver(t)eidigungsminister Struck an der Spitze ein um an dem Gelöbnis teil zu nehmen.

Um dieses scheußliche Treiben nicht ungestört ablaufen zu lassen und zu zeigen, dass es immer noch Men-

schen gibt die Krieg und die dahinter stehenden machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen zum Kotzen finden, mobilisierten verschiedene Gruppen aus der Umgebung nach Bordenau. So versammelten sich 200 Menschen in rund 300 Metern Abstand zum Gelöbnis, umzingelt von Dutzenden Polizisten und einer extra für diesen Tag eingerichteten, militärischen Sondernutzungszone in der die Bundeswehr und ihre Feldjäger das Sagen hatten, zu einer Kundgebung. In den gehaltenen Redebeiträgen wurde auf verschiedene Punkte der Militarisierung der letzten Jahre in der BRD eingegangen. Hierbei standen der Umbau der Bundeswehr zu einer global aktiven Interventionsarmee und die Kriegseinsätze in Jugoslawien und Afghanistans seit dem Jahr 2002 im Mittelpunkt. Als dann das Gelöbnis los ging, begannen die Leute bewaffnet mit Trillerpfeifen, lauter Musik und Nebelhörnern, das Gelöbnis akustisch zu beschallen um die inszenierte Jubelstimmung der Bundeswehr zu stören. Die Bundeswehr stellte im Folgenden ihre schon oft an den Tag gelegte Kritikempfindlichkeit unter Beweis und wies die anwesende Polizei an, die Proteste zum Verstummen zu bringen. Und wie immer sprangen die Grünen Büttel zur Tat. Mehrere Trupps behelmter Polizisten mit gezogenen Schlagstökken schalteten auf Angriff, bahnten sich mit allerlei Geschubse und Getrete den Weg durch die Kundgebung um die mitgebrachte Soundanlage zu beschlagnahmen, was nach einigen Hin und Her auch gelang. Nachdem die abreisenden Bundeswehrfreunde und Soldaten entsprechend verabschiedet wurden, machten sich die angereisten AntimilitaristInnen mit dem guten Gefühl den militaristischen Aufzug wenigstens ein wenig gestört zu haben, auf die verdiente Heimreise.





Unbequeme Tote

Eine Buchbesprechung

Eines schönen Morgens stand vor der Tür des mexikanischen Krimiautors Paco Ignacio Taibo II ein Bote der zapatistischen Guerilla EZLN aus Chiapas (Bundesstaat von Mexiko). Er überbrachte einen Brief des Subkommandanten Marcos der EZLN aus dem lankonischen Urwald. Dieser schlug Ignacio Taibo vor, gemeinsam einen Roman zu schreiben, allerdings ohne zusammen am Tisch zu sitzen, sondern Abschnittsweise und ohne direkter Einflussnahme auf die Kapitel des anderen. So erschienen in der mexikanischen linken Tageszeitung *La Jornada* Monat für Monat Teile des vierhändig geschriebenen Romans, erst mehr oder weniger nebeneinander stehend und im Verlauf immer weiter zu einer spannenden Geschichte miteinander versponnen. Es entstand der explizit politische, aber weitesgehend fiktive Krimi „Unbequeme Tote".



Subcomandante Marcos • Paco Ignacio Taibo II
„Unbequeme Tote"
Assoziation A • 16,80 Euro
ISBN 3-935936-39-7

Ein unbekannter und eigentlich verstorbener Aktivist der 68er Bewegung hinterlässt Nachrichten auf Anrufbeantwortern. Der unabhängige Detektiv Héctor Belascorán wird mit dem Fall beauftragt und geht der Sache nach. Gleichzeitig beginnt in Chiapas eine Ermittlungkommision der EZLN damit, der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in Chiapas auf den Grund zugehen. Der leicht verwirrte und etwas naive, aber „herzensgute" Elías Contreras soll die Sache aufklären. Dafür muss er ins Monstrum Mexiko-City und dort Kontakt zu Belascorán herstellen, denn die so unterschiedlichen Fälle scheinen etwas gemein zu haben, denn immer ist ein gewisser Mann namens Morales darin verwickelt. Elías Contreras und Héctor Belasorán begeben sich auf die Suche nach Morales und dem Toten der unbequeme Nachrichten über die herrschende Politik Mexikos auf Anrufbeantwortern hinterlässt.

Der Roman fesselt nicht nur durch seine lustigen und teilweise bizarren Schilderungen von Situationen, sondern führt einen immer wieder in die 68er Bewegung Mexiko-Citys, die korrupte Elite des Landes und in die zapatistischen Gemeinden Chiapas. Wer wirklich etwas über die EZLN bzw. die politische Lage in Chiapas oder Mexiko erfahren will, sollte vielleicht besser andere Literatur lesen. Wer aber einen unterhaltsamen, spannenden und dennoch politischen Roman für sich oder als Weihnachtsgeschenk such, ist mit „Unbequeme Tote" gut beraten.

Alle Jahre wieder - Lohnarbeit macht arm

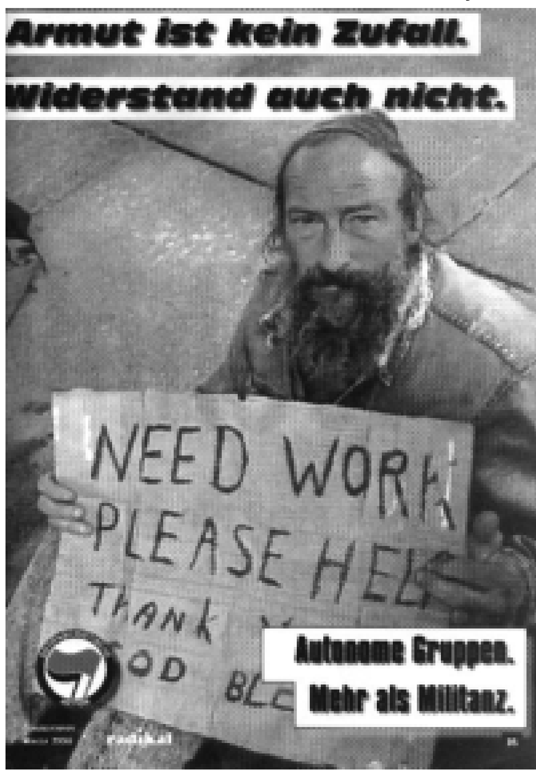
Alle Jahre wieder ergreift in den Industrieländern Teile der Bevölkerung ein schlechtes Gewissen ob des Lebensstandards, den der Durchschnittsarbeiter hier für normal und gerecht hält, während in anderen Teilen der Welt Menschen durch Kriege oder andere Formen von Handelsbeziehungen an Hunger und anderen Formen der Armut leiden. Es steht dann auch eine ganze Armada hilfsbereiter Organisationen pünktlich zur Weihnachtszeit bereit, das aus Gewissensgründen steigende Spendenaufkommen zu verwalten und öffentlichkeitswirksam an Kinder mit traurigen Äuglein und andere Opfer der Weltwirtschaft zu verteilen.

Die Spendengalas und das ganze andere Brimborium sind Propagandashows für eine Betrachtungsweise von Armut, die so ausgelegt ist, dass sich nichts an diesem Zustand ändern wird.

Das klingt wie eine böse Unterstellung. Wir lassen es daher nicht einfach im Raume stehen, sondern werden mit diesem Artikel versuchen, diese Aussage zu begründen.

Zum Spenden, „weil es denen so schlecht geht“ gehört immer der Nachsatz, dass es „uns zum Glück noch so gut geht“. Man vergleicht den eigenen Lebensstandard mit dem derjenigen, die direkt existentiell bedroht sind, und schneidet im Endeffekt relativ gut dabei ab. Man wirkt relativ „reich“ im Vergleich mit einem Verhungernden.Der einfache Vergleich produziert einen angeblich wesentlichen Unterschied, den es so aber nicht gibt. Diejenigen, die verhungern und wir hängen am gleichen Tropf, und der heißt Lohnarbeit.

Hungersnöte in der heutigen Form und Häufigkeit sind keine Naturkatastrophen, sie sind produziert. In den Ländern, in denen die Menschen bis vor einiger Zeit noch von Subsistenzwirtschaft lebten, ernteten, was sie anbauten, herrscht heute das System



der Lohnarbeit. Fiel seinerzeit die Ernte mal schlechter aus, bedeutete das Hunger bis zur nächsten Ernte, wenn keine Vorräte angelegt waren. Heute ist der Hunger systematisiert. Das Land gehört mittlerweile Großgrundbesitzern und transnationalen Untenehmen, das Saatgut ist hybrid, kann also nicht zur Wiederaussaat verwendet werden, und somit bleibt dem einfachen Landarbeiter - und der macht dort traditionell die überwiegende Mehrheit aus - nichts anderes, als um Lohnarbeit zu ersuchen, die er aber nicht bekommt. Getrennt von den Mitteln, sich ihr Brot (oder Hirsebrei, Manjok, whatever) selbst zu produzieren, also von Produktionsmitteln, und ohne die Lohnarbeit als Einkommensquelle, bleibt ihnen nur der Hunger, oder die Suche nach Überlebensmöglichkeiten an einem anderen Ort. Landflucht, also das Fliehen aus den agrarisch geprägten Umgebungen in die Nähe großer Städte, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden, hat in vielen Regionen der Welt zu Mega-Städten geführt, wie z.B. Rio De Janeiro, Mexiko-Ctiy. Diese bestehen aus der einstigen Stadt und riesigen, teils das mehrfache an Einwohnern beherbergenden Slums darum herum.



Davon, sich das Land, das sie zum Leben bräuchten, einfach wieder anzueignen, halten die Menschen Gesetze und bewaffnete Institutionen ab, die das Privateigentum als höchstes Gut verteidigen, denn auch dort gibt es Gruppen der Bevölkerung, die von dem System überaus gut leben können. Nicht zufällig sind das genau diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen können, sei es als direkte Besitzer, sei es als Statthalter großer Konzerne.

Wenn man von diesem Zustand die historische Differenz abzieht, die die heutigen Industrieländer, „Schwellenländer“ und „Entwicklungsländer“ zu eben solchen machte, wird deutlich, dass hier wie dort nach denselben Mechanismen produziert wird. Hier wie dort sind wir Lohnabhängige, hier wie dort wird Lohn für die Arbeit an Produktionmitteln gezahlt, die denen, die daran arbeiten, nicht gehören, hier wie dort sind „Arbeitslose“ gleich „Erwerbslose“ gleich abhängig von der Wohlfahrt, sei sie staatlicher („Sozialsystem“) oder caritativer Art.

Staatliche Systeme zur Absicherung kurzfristiger Erwerbslosigkeit finden wir in vielen Industrieländern, sie sind

größtenteils Reste eines Umgangs mit der Klasse der arbeitenden Bevölkerung, die aus Zeiten stammen, als sich die Lohnabhängigen noch als „Arbeiterklasse“ verstanden und widerständig gegen die Zumutungen waren, die mit dem Kapitalismus verbunden sind. Dort, wo es einen solchen Widerstand nicht mehr gibt, werden diese finanziellen Überlebenshilfen stetig auf ein neues Mindestmaß heruntergefahren. Der einzige Grund, aus dem hier überhaupt noch so etwas vom Staat geregelt wird, liegt darin, dass es ein unternehmerisches Interesse an den Industrieländern gibt und man die systemstabilisierende Wirkung eines „Sozialsystems“ für wichtig erachtet. Solange die Menschen hier nicht konkret verhungern, werden sie wohl die Klappe halten, so lautet die Rechnung. Dann muss nur immer auf’s Neue geschaut werden, wie weit man alles herunterschrauben kann, ohne dass etwas passiert. Die aktuelle Randale in Frankreich lässt erahnen, wie es aussehen könnten, wenn die Leute nichts mehrzu verlieren haben. An den sogenannten Entwicklungsländern gibt es kein generelles Interesse transnationaler Unternehmen. Dort werden hauptsächlich Bodenschätze und andere Rohstoffe gefördert bzw. erzeugt, die dann zur Weiterverarbeitung in die kapitalistischen Zentren transportiert werden. Für diese Produktion braucht es keine stabilen Staaten, da reicht es, wenn man wie Shell in Nigeria einen großen Zaun um die Gebiete zieht, in denen produziert wird und eine bewaffnete Sicherheitsfirma damit beauftragt, alle über den Haufen zu schießen, die diese Gebiete unbefugt betreten. Das ist billiger als die Erwerbslosen zu füttern und erfüllt seinen Zweck für’s Kapital.

Wir haben das Thema Flucht weiter oben bereits angeschnitten. Menschen fliehen niemals aus Spaß. Schon gar nicht um die halbe Welt. Die meisten Flüchtlinge fliehen nicht weiter von ihrer gewohnten Umgebung, als unbedingt nötig. Sie hausen in den Slums der Mega-Städte, oder vegetieren in Nachbarstaaten in Zeltunterkünften und warten zum Teil Jahr-

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)



Aktiv werden gegen Krieg, Nazis und staatlichen Rassismus!

Jeden Montag ab 19 Uhr

im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig

zehnte darauf, zurückkehren zu können. Ein winziger Bruchteil der weltweiten Flüchtlingsbewegungen versucht die Industriestaaten zu erreichen, doch die haben einen harten Trennstrich zwischen den Bereichen der Welt gezogen. Im einen Teil werden die meisten Menschen vom Kapital nicht gebraucht, sie sind „über" und werden darum auch „Überbevölkerung" genannt. Sie sind auf Gedeih und Verderb auf sich selbst gestellt. Der Trennstrich zwischen diesen beiden Welten ist übrigens kein gedachter, er ist aus Beton und Stacheldraht, er wird bewacht und bewaffnet verteidigt. Er nennt sich Grenze. Solche Grenzen zwischen den Welten finden wir z.B. zwischen den USA und Mexiko, an der EU-Ostgrenze und dort, wo Spanien auf Afrika trifft. Unzählige Menschen sterben jedes Jahr beim Versuch, diese Grenzen zu überwinden, ertrinken, erfrieren oder werden erschossen, wie jüngst die Flüchtlinge in Melilla, einer spanischen Exklave in Nordafrika. Dutzende der Flüchtlinge wurden direkt beim Versuch erschossen, die Grenzanlage zu überwinden, knappe eintausend dann später durch die marokkanische Regierung in der Sahara ausgesetzt. An EU-Außengrenzen gibt es dann z.B. noch Italien, wo regelmäßig Flüchtlingsboote aus Albanien, Nordafrika und von anderen Mittelmeeranrainerstaaten landen. Wir kennen alle die Bilder aus den Nachrichten.



Im anderen - „unserem" - Teil der Welt gibt es auch eine zunehmende Überbevölkerung, die generell in der Produktion nicht mehr gebraucht werden. Weil ihre „Stütze" vom erarbeiteten Wert derjenigen gezahlt wird, die noch ihr Leben durch Lohnarbeit bestreiten, und weil die Unternehmen diesen Teil nicht als Profit einheimsen können, versucht der Staat, die Stütze soweit es geht zu kürzen. Um nichts anderes geht es beim Unternehmergeschrei um „Lohnkosten" und „Lohnnebenkosten". Hier stirbt man immerhin nicht einfach auf der Straße, hier vegetiert man vor sich hin, bis einem Alkohol, Mangelernährung und die Langeweile (weil man sich ohne Kohle auch nichts kaufen kann, was einen über die Sinnlosigkeit hinwegtäuschen könnte, so wie es der Rest der Gesellschaft macht) den Rest geben - oder man versucht, auf weniger legale Weise als

mit geregelter Lohnarbeit sein Geld zu machen.

Dieser Realtität,

- dass es im Kapitalismus um die Produktion von Waren geht,
- dass diejenigen, die die Waren für andere produzieren, einen Lohn erhalten, um weiterzuleben,
- dass diejenigen, die für die Produktion nicht gebraucht werden über sind,
- dass „über“ sein außerhalb der Industrieländer den Tod bedeuten kann,
- dass es zwischen Überleben und Armutstod bewaffnete Grenzen gibt,

kann keine Spendengala der Welt beikommen.

Wir wollen uns nicht darüber lustig machen, wenn einfache Leute Mitleid empfinden und mit Spenden an Hilfsorganisationen helfen wollen. Aber ändern wird das gar nichts. Armut gehört zum Kapitalismus dazu wie Profit. Ein System, in dem man nur von Lohnarbeit leben kann, in dem diese aber von privaten Unternehmen nach Profitgesichtspunkten ausgestaltet wird, wird immer Überbevölkerung produzieren, also Menschen, die in der Produktion nicht gebraucht werden. Ob man an der Erwerbslosigkeit stirbt oder „nur“ beschissen lebt, hängt einzig und allein vom Zufall des Geburtsortes ab.



Jeden Freitag ab 20 Uhr
Antifaschistisches Café
Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Freitag 16. Dezember
Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)
20 Uhr • Antifaschistisches Café

Freitag 23. Dezember
„Antifa-Videoschnipsel-Abend"
Es erwartet euch eine cineastische Reise durch die Antifa-Proteste der letzten Jahre. Angefangen mit den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch am 29. Oktober in Göttingen werden Videoclips zu zahlreichen Demonstrationen und anderen Höhepunkten linker Aktivitäten gezeigt. Kommt vorbei und lasst euch überraschen.
20 Uhr • Antifaschistisches Café

Jeden Montag 19 Uhr
Aktiv werden gegen Nazis, Staat und Kapital: Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)
im Antifaschistischen Café

http://www.antifacafe.de.vu